



*Alarmierende Signale vom Internationalen Währungsfonds*

## «Rezept Zypern» für den Euro-Raum?

**Christine Lagarde, heute Chefin des Internationalen Währungsfonds, kennt als frühere Finanzministerin Frankreichs das Ausmass der Überschuldung im Euro-Raum nur allzu genau.**

Auch ihr ist klar: Mit «normalen Entschuldungsmassnahmen» – also mit Abtragen der Schulden durch Sparen – ist der Überschuldung in den Euro-Ländern nicht mehr beizukommen. In verschiedenen Euro-Ländern wächst die Verschuldung trotz eingeleiteter mehr oder weniger harter Sanierungsprogramme weiter. Die Schuldenfalle ist für diese Länder zugeschnappt.

### **Griff nach privaten Ersparnissen**

Es werden deshalb «andere Massnahmen» ins Auge gefasst. Vor allem im Internationalen Währungsfonds (IWF). Dessen Chefin ist eine der wesentlichsten Mitschuldigen am europäischen Schuldendesaster: Christine Lagarde, die ehemalige Finanzministerin Frankreichs.

Die Funktionäre des IWF diskutieren derzeit offenbar ernsthaft, wie das sog. «Rezept Zypern» auf den gesamten Euro-Raum ausgedehnt werden kann. Der IWF wirbt also für die Idee, sämtliche Privatsparer im ganzen Euro-Raum um

einen Teil ihrer Ersparnisse zu bringen. Es geht dabei um Raub. In Zypern ist dieses Rezept zur Anwendung gelangt. Demnächst sollen gemäss IWF-Rezept sämtliche Sparer in sämtlichen Euro-Staaten um einen Teil ihrer Ersparnisse gebracht werden: Zehn Prozent aller privaten Ersparnisse sollen als «Schuldensteuer» beschlagnahmt werden. Damit Staatsbankrotte abgewendet oder wenigstens weiter hinausgezögert werden.

### **Verschwender werden zu Räufern**

Im Klartext heisst das: Diejenigen, die verantwortlich sind für die Überschuldung der Euro-Staaten, die dutzende, teils gar hunderte Milliarden Steuergelder in schlechthin kriminellem Ausmass verschleudert haben – diese Verschwender werden für ihr alle Gesetze missachtendes Tun nicht nur nicht zur Verantwortung gezogen. Nein, die Verschwender von gestern massen sich neu das «Recht» an, die ehrlichen, verantwortungsbewussten Sparer um einen Teil ihrer Vermögen zu bringen. Die Verschwender von gestern werden zu unter staatlichem Schutz stehenden Räufern von morgen. Dies zu Lasten von Bürgern, denen in ihren Staatsverfassungen der Schutz des Eigentums eigentlich verbindlich zugesichert wird.

### **AIA schafft Voraussetzungen**

Möglich ist solch räuberischer Zugriff auf Privatvermögen durch AIA, durch den sog. «automatischen Informationsaustausch», dem Finanzministerin Eveline Widmer-Schlumpf auch die Schweiz unterstellen will. Dieser AIA wurde von den Staatsfunktionären im Namen angeblicher «Steuergerechtigkeit» gefordert und eingeführt. In Wahrheit eröffnet die erzwungene Offenlegung nicht nur der Grösse aller ersparten Vermögen, vielmehr auch aller Anlage-Orte all dieser Vermögen den Funktionären jederzeitigen Zugriff auf diese Vermögen. Und zu solchem Durchgriff, zu solch widerrechtlicher Teil-Beschlagnahmung ersparter Vermögen fordert der IWF nun die Staaten des Euro-Raums auf.

Diejenigen, die zu solchem Raub ermächtigt werden, sind die gleichen, die alle europäischen Stabilitäts-Verträge gebrochen haben, welche jeden einzelnen

Sparer vor Folgen staatlicher Überschuldung formell abzusichern versprochen. Ohne diese vertraglichen Zusicherungen wäre die Einheitswährung nie und nimmer zustande gekommen. In Wahrheit tarnten diese Verträge – wie sich jetzt herausstellt – bloss die offensichtliche Bereitschaft nahezu aller EU-Verantwortlichen, grenzenlose Verschuldung einzugehen oder zumindest zuzulassen. Und dann wurden die Stabilitätsverträge samt und sonders gebrochen. Und die Vertragsbrecher statten sich mit Hilfe von AIA und Währungsfonds jetzt gar mit der Ermächtigung aus, sämtliche Sparer um zehn Prozent ihrer Vermögen zu berauben.

### **Verschwenden statt Sparen**

Solche Beraubung wird verheerende Auswirkung haben: Sobald sich jeder Sparer als schutzlos Beraubter vorkommt, wird er sich weiteres Sparen sehr gut überlegen. Denn er erkennt: Wer sein Salär laufend vorweg ausgibt, bleibt vom staatlichen Raub verschont. Wer Sparer beraubt, tötet also die Sparsbereitschaft ab. Das wird die Sozialkosten explodieren lassen. Denn wer nichts mehr spart, fällt um so stärker den Sozialwerken zur Last.

Und das von Privaten zusammengetragene Sparkapital ist immer auch Kapital für innovative Investitionen in Wirtschaft, Gewerbe und Industrie. Innovation ist der Motor des Wirtschaftserfolgs. Bricht Innovationskapital weg, wird Europa gegenüber Fernost noch stärker in Rücklage geraten.

Wer Sparer beraubt, verursacht Armut und Elend.

### **Ausweichmöglichkeiten**

Dem Sparer bleibt ein einziger Ausweg: Die Flucht in Sachwerte. Weil die Überschuldung mehrerer Euro-Staaten aber auch von geplatzten Immobilien-Blasen ausgeht, verschafft Immobilien-Erwerb kaum Sicherheit. Also bleibt nur der Ausweg, bewegliches Vermögen in physischem Gold anzulegen. Dabei ist allerdings sorgfältig abzuklären, wo Gold geschützt vor Raub überhaupt noch eingelagert werden kann. In mehreren Euro-Staaten zirkulieren Pläne, auch die

Schrankfächer in den Banken dem «automatischen Informationsaustausch» auszusetzen. Damit wäre auch das in Schrankfächern lagernde Gold räuberischen Absichten staatlicher Funktionäre ausgeliefert. Andere Aufbewahrungsorte sind also ins Auge zu fassen.

Auch unserer Nationalbank müssten die vom Währungsfonds ausgehenden Vorhaben zu denken geben. Anbindung an eine Währung, deren Krise einen ganzen Kontinent in die Armut stossen könnte, ist gewiss nicht länger empfehlenswert. Der Euro hält sich derzeit über Fr 1.20. Ein Abbau der viel zu hohen Eurobestände der Nationalbank wäre – ohne dass dies öffentlich kundgetan würde – angebracht.

Aufgabe der Nationalbank ist es, im Dienste der Schweizer Bürgerinnen und Bürger die Stabilität unseres Schweizer Frankens abzusichern – auch dann, wenn Weltwährungen ins Trudeln geraten. Weitere Absicherung des Frankens durch zielbewusste, schrittweise Zukäufe von Gold ist angesichts des derzeit günstigen Goldpreises die Alternative zur desaströsen Euro-Politik der EU.

Genau dies fordert die Goldinitiative, die in absehbarer Zeit zur Abstimmung kommen wird.

*Goldstück*

*Der Newsletter «Goldstück» wird herausgegeben vom Komitee «Ja zur Goldinitiative – Rettet unser Schweizer Gold», Postfach 23, 8416 Flaach  
[www.goldinitiative.ch](http://www.goldinitiative.ch) – [info@gesunde-waehrung.ch](mailto:info@gesunde-waehrung.ch)*

*Autor der heutigen Ausgabe: Lukas Reimann, Nationalrat*